

StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag vor.

RM Borkenstein erklärt, dass eine Steuererhöhung grundsätzlich keine attraktive Maßnahme für eine Kommune darstellt. Der Gesetzgeber habe der Kommune Instrumente wie die Hunde-, Gewerbe- und Einkommensteuer jedoch zur Aufrechterhaltung des finanziellen Handlungsspielraumes zur Verfügung gestellt. Mit der geplanten Erhöhung der Hundesteuer passe sich die Stadt Schortens den Sätzen der umliegenden Kommunen an.

Mit Blick auf die nachteiligen Auswirkungen für die Hundebesitzer/-innen gibt er zu bedenken, dass die Stadt auch Leistungen für diese erbringt. Hierzu geht er näher auf die Hundefreilauffläche am Huntsteert, die Freilauffläche in Bereich „Park Hohe Gast“ sowie die jährliche Unterstützung des Tierschutzvereins Wilhelmshaven ein. Eine sporadische Umfrage durch die Gruppe unter Hundebesitzer/-innen habe ergeben, dass der überwiegende Teil die vorgesehene Erhöhung als angemessen beurteilt. RM Borkenstein hält die geplante Erhöhung für angemessen und akzeptabel und bittet die Ratsmitglieder daher, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

RM Just teilt mit, dass durch die Erhöhung der Hundesteuer Mehreinnahmen in Höhe von 22.600 Euro erzielt werden sollen. Sowohl durch diese als auch durch die für 2013 seitens der Mehrheitsgruppe geplante Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer mit einem Volumen von zusammen rund 400.000 Euro für das Jahr 2013 könne der Handlungsspielraum der Stadt jedoch kaum aufrechterhalten werden, da sich das Defizit in diesem Jahr in Richtung 2 Mio. bewege. Zur Erweiterung des Handlungsspielraumes benötige die Stadt daher dauerhaft 1 Mio. Euro. Ergänzend führt er aus, dass durch einen Verzicht auf die jährlichen Ausgaben für die Jugendwerkstatt, Drittkräfte in Krippen, die Randbetreuung und Sozialarbeiter an Grundschulen in Höhe von insgesamt rund 545.000 Euro, welche die Stadt anstelle des Landes bzw. des Kreises leiste, eine Steuererhöhung entbehrlich wäre. Hinzu kämen Ausgaben in horrender Größe für Dinge, welche die Stadt nach Ansicht seiner Gruppe nicht brauche, hierzu zähle insbesondere das Jugend- bzw. Familienzentrum, da es lediglich von wenigen Besucher/-innen genutzt werde. Durch Verzicht auf diese Ausgaben seien Einsparungen bis zu 1 Mio. Euro und damit die Erreichung des erforderlichen Handlungsspielraumes möglich. Die Mitglieder der BfB/UWG-Gruppe sprechen sich gegen eine Steuererhöhung und damit verbunden gegen eine stärkere Belastung der Bürger/-innen aus.

RM Homfeldt hält es ebenfalls für erforderlich, sich um die Ausgabenstruktur zu kümmern, um die Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich zu belasten. Die Kinder- und Jugendarbeit in dieser Stadt stehe für die CDU-Fraktion jedoch außer Frage. Ein grundsätzliches Problem besteht für seine Fraktion allerdings in Steuererhöhungen. Die geplante Erhöhung der Hundesteuer um 25 bis 30 % erachtet sie daher als unangemessen. Er gibt zu bedenken, dass ein Hund für viele - insbesondere auch ältere und allein lebende - Menschen nicht nur ein Haustier, sondern ein Lebensbegleiter ist. Da es gerade diesen Menschen oftmals auch finanziell schlecht geht, könne die Erhöhung durchaus als unethisch bezeichnet werden. Auch handele es sich hierbei nicht um eine Lenkungssteuer, da die Anzahl der Hunde trotz der Hundesteuer weiter zunimmt. Es sei ungerecht, eine einzelne Tiergruppe zu besteuern und zudem gleichzeitig Menschen für ihre Tierliebe zu bestrafen.

Die Steuererhöhung sei zudem unsozial, da es keinen inhaltlichen Grund für sie gibt. In diesem Zusammenhang verweist RM Homfeldt auf eine Aussage des Bürgermeisters in der Sitzung des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus, wonach mit Mehreinnahmen, die durch diese Steuererhöhung zu erzielen sind, eine Drittkraft in den Krippen bezahlt werden könnte. Die kleine Gruppe von in Schortens lebenden Hundebesitzern gezielt für einzelne Ausgaben heranzuziehen, empfindet die CDU-Fraktion als sehr unsozial. Aufgrund der vorgenannten Ausführungen sowie der grundsätzlichen Haltung gegen Steuererhöhungen, werde die CDU-Fraktion der Steuererhöhung nicht zustimmen.

Abschließend verweist RM Homfeldt auf die für das Haushaltsjahr 2011 von den Ratsfraktionen gemeinsam formulierten 50 Einzelziele, die bereits zu einer Verbesserung der finanziellen Situation geführt haben, und regt an, diese gemeinsam fortzuführen, um die Möglichkeiten der Ausgabenkürzungen auszuschöpfen und die Lebensqualität in der Stadt zu erhalten.

RM Eggerichs weist darauf hin, dass die Hundesteuer von 48,00 auf 60,00 Euro pro Jahr (1,00 Euro pro Monat) angehoben werden soll. Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Homfeldt gibt er zu bedenken, dass Ausgaben – u. a. für neue Krippen – kurzfristig in den Haushalt einfließen. Da die gemeinsam formulierten Ziele jedoch längerfristig sind, sei die Zeit dazwischen zu überbrücken und daher die Inanspruchnahme des Instruments „Steuererhöhung“ erforderlich.

RM Homfeldt erklärt, dass die Erforderlichkeit von Steuererhöhungen unkritisch sei. Ihm gehe es jedoch um den Geist, mit dem dies geschehe. Insbesondere durch die geplante Erhöhung der Gewebe- und Grundsteuern werde der Standort Schortens in der Außenwirkung geschwächt, der Haushalt gleichzeitig jedoch nur um 400.000 Euro verbessert. Daher regt er an, nochmals gemeinsam darüber zu beraten, ob es der richtige Weg ist, Steuern zu erhöhen. In diese Überlegungen sollten auch die bereits formulierten Ziele einbezogen werden, um den Standort Schortens zu stärken.

RM Borkenstein hält es für legitim, Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen u. a. für die Finanzierung von Drittkräften einzuplanen, da lediglich Gebühren zweckgebunden einzusetzen sind.